

**Es gilt das gesprochene Wort!**

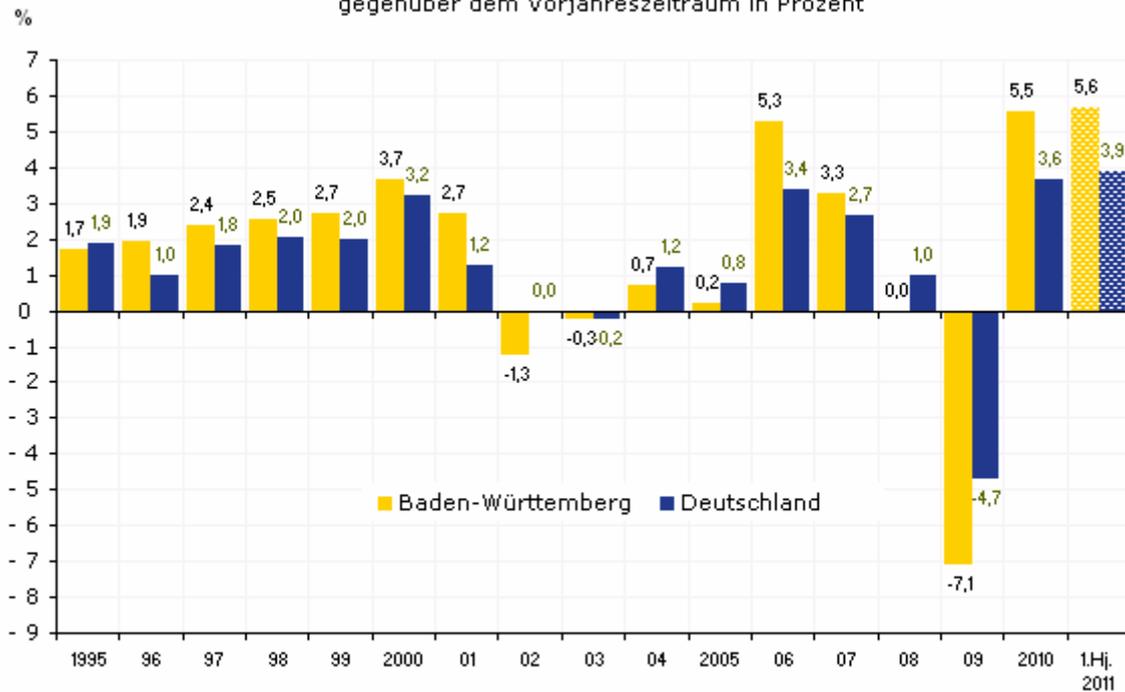
## **Haushaltsrede 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,  
meine Damen und Herren,

am Ende der Haushaltsrede 2011 wünschte ich uns allen viel Zuversicht und viel Rückenwind! Das war damals bitter nötig. Wie schnell sich die Zeiten ändern und wie schwer dadurch Planungen werden, zeigt ein kurzer Blick zurück:

- 2009: Einbruch des Wirtschaftswachstums in Baden-Württemberg aufgrund der Finanzkrise um - 7,1 %. Die schwerste Rezession seit der Gründung des Landes im Jahr 1952
- 2010: Der Aufschwung in Deutschland setzt ein und Baden-Württemberg ist mit + 5,5 % an der Spitze
- 2011: Der Aufschwung setzt sich fort. Im ersten Halbjahr ist Baden-Württemberg wieder die Konjunkturlokomotive mit + 5,6 % Wirtschaftswachstum.

**Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg und Deutschland seit 1995**  
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

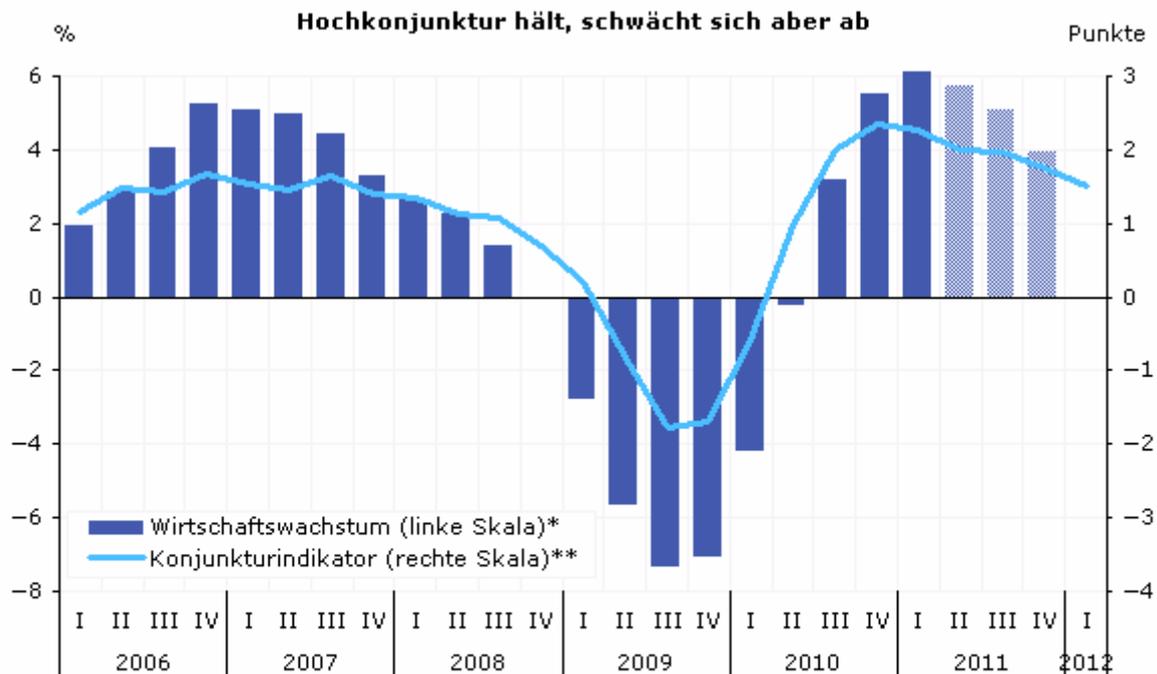


Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«, vorläufige Ergebnisse.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011

Ist nun alles gut? Auf den ersten Blick: Ja.

Die Hochkonjunktur hält an, schwächt sich in der zweiten Jahreshälfte 2011 aber ab.



\* Gleitende Jahresrate des realen Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs in % (Veränderung von jeweils vier Quartalen gegenüber den vier Quartalen zuvor); II/11 bis IV/11 Schätzung.

\*\* Indikatorpunkte; Stand: Juli 2011; drei Quartale nach vorne versetzt.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011

Der zweite Blick macht uns sehr nachdenklich:

Die US-Bank Goldman Sachs bietet ihren Kunden Derivate an, mit denen auf den Niedergang Europas gewettet wird. Seit 2008 weiß die Politik, dass die Finanzmärkte reguliert und Großspekulanten, wie Hedge Fonds, in die Schranken gewiesen werden müssen. Wer solche Wetten abschließt, wird alles tun, um zu gewinnen. Egal, was das für Folgen hat.

Wenn der Deutsche Bank Chef Josef Ackermann nach dem Einbruch der Aktienmärkte Anfang September sagt: „All dies erinnert an den Herbst 2008“, dann ist das ein sehr deutlicher Hinweis auf die Gefahr einer zweiten Wirtschaftskrise. Die jüngsten Entwicklungen scheinen das zu bestätigen.

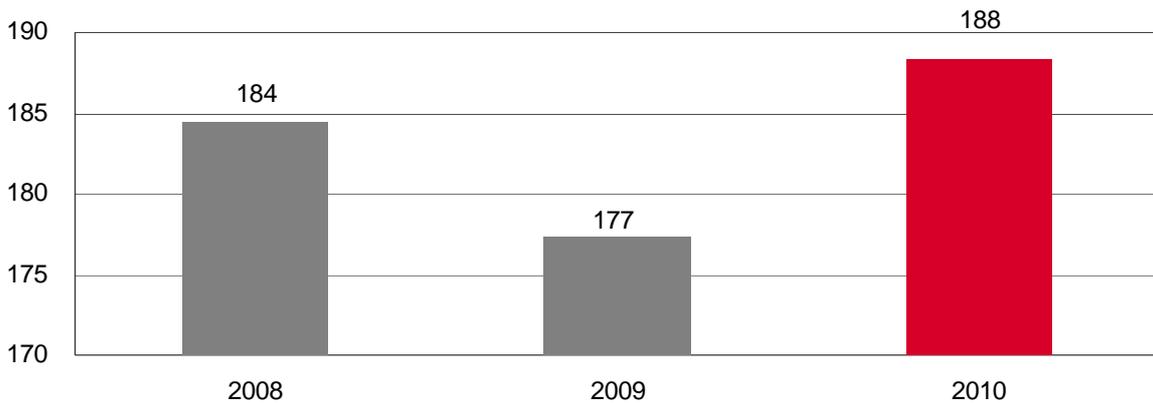
Rettungsschirme bringen nur einen Zeitgewinn. Gelöst werden kann die Schuldenkrise nur durch eine Schuldenbremse und einen langfristigen konsequenten Schuldenabbau. Einen Teil der Zeche für die riesigen Schuldenberge, die aufgehäuft wurden, muss unsere Generation in den kommenden Jahren zahlen. Den viel größeren Teil überlassen wir unseren Kindern und deren Kindern. Dabei sind wir - ob wir das wollen oder nicht - „zum Wachstum verdammt“. Denn ohne steigende Steuereinnahmen bekommen Bund, Länder und Kommunen die Schulden nicht in den Griff. Das gilt in noch viel stärkerem Maß für die europäischen Staaten und vor allem auch für die USA, wo die Konjunktur einfach nicht zum Laufen kommt.

Welche Auswirkungen hat dieser konjunkturelle und finanzwirtschaftliche Hintergrund für den Kreishaushalt?

Für 2012 zunächst einmal nichts Gutes: Der Landkreis profitiert nur wenig vom Aufschwung. Das liegt an der Systematik des Finanzausgleichs. Bemessungsgrundlage für die **Schlüsselzuweisungen** und die **Kreisumlage** im kommenden Jahr ist die **Steuerkraft der Städte und Gemeinden** im Jahr 2010. In diesem Jahr begann der Aufschwung. Die Gewerbesteuer wurde aber noch vom Krisenjahr 2009 beeinflusst. Trotzdem wuchs die Steuerkraftsumme der Gemeinden um 11 Mio. €, somit um 6,2 % und liegt damit deutlich über dem Landesdurchschnitt. Der Landkreis Schwäbisch Hall ist sogar als Bester im Land Baden-Württemberg durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen. Nach dem mit - 3,9 % geringsten Rückgang in 2009 ist Schwäbisch Hall der einzige Landkreis in Baden-Württemberg, der 2010 schon wieder eine höhere Steuerkraft ausweist als vor der Wirtschafts- und Finanzkrise.

| <b>Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Gemeinden und Stadtkreise</b> |                          |                          |                  |                          |                  |
|--|--------------------------|--------------------------|------------------|--------------------------|------------------|
|  | <b>2008<br/>Mio. EUR</b> | <b>2009<br/>Mio. EUR</b> | <b>+/-<br/>%</b> | <b>2010<br/>Mio. EUR</b> | <b>+/-<br/>%</b> |
| <b>Land Baden-Württemberg</b>  | <b>12.596</b>            | <b>11.041</b>            | <b>-12,3</b>     | <b>11.354</b>            | <b>2,8</b>       |
| <b>Landkreis Schwäbisch Hall</b>                                       | <b>184</b>               | <b>177</b>               | <b>-3,9</b>      | <b>188</b>               | <b>6,2</b>       |

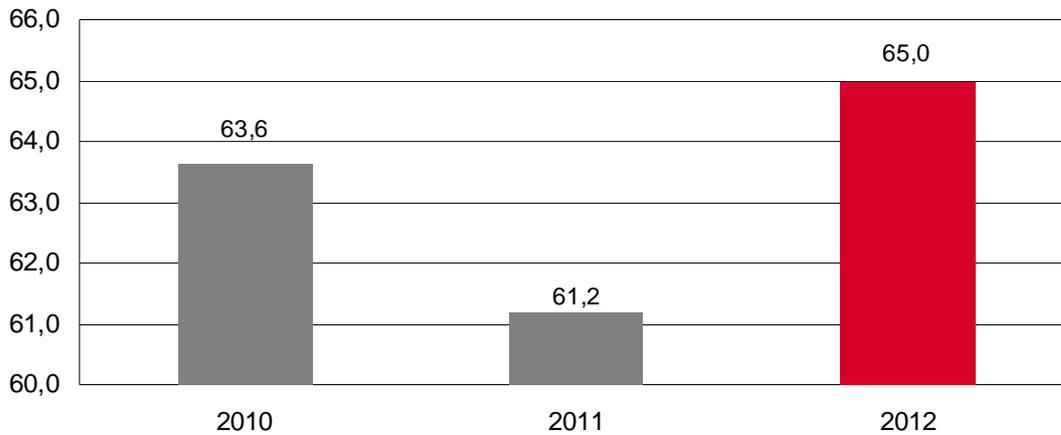
**Steuerkraftsumme der Gemeinden im Landkreis Schwäbisch Hall (Mio. €)**



Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen komme ich nun konkret zum HH-Entwurf 2012 und zu der Zahl, die viele von Ihnen, meine Damen und Herren, besonders interessiert: Die **Höhe der Kreisumlage**. Wir haben uns nach langen Diskussionen dazu entschlossen, eine Kreisumlage in Höhe von 34,5 %, also gleich wie im Vorjahr, vorzuschlagen. Die gestiegene Steuerkraft bringt bei gleichbleibendem Hebesatz einen Zuwachs bei der Kreisumlage in Höhe von 3,8 Mio. €.

| <b>Kreisumlage Landkreis Schwäbisch Hall</b><br>Hebesatz 34,5 % |                          |                             |             |                          |                             |            |
|---|--------------------------|-----------------------------|-------------|--------------------------|-----------------------------|------------|
| <b>2010<br/>Mio. EUR</b>  | <b>2011<br/>Mio. EUR</b> | <b>+/-<br/>Mio. EUR   %</b> |             | <b>2012<br/>Mio. EUR</b> | <b>+/-<br/>Mio. EUR   %</b> |            |
| <b>63,6</b>   | <b>61,2</b>              | <b>-2,4</b>                 | <b>-3,8</b> | <b>65,0</b>              | <b>3,8</b>                  | <b>6,2</b> |

### Kreisumlage Landkreis Schwäbisch Hall (Mio. €)

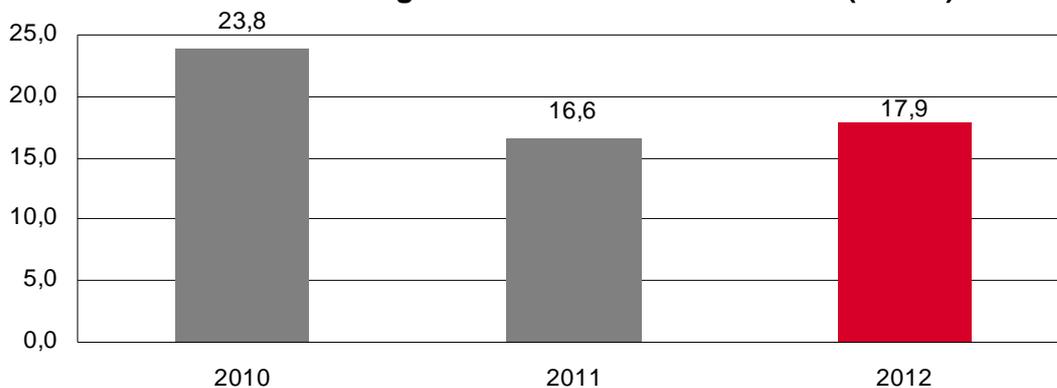


Dieser Zuwachs ist die erfreuliche Nachricht. Die schlechten folgen zugleich:

Die wirtschaftliche Stabilität des Landkreises Schwäbisch Hall wirkt sich extrem nachteilig beim allgemeinen **Finanzausgleich** aus.

| Schlüsselzuweisungen Landkreis Schwäbisch Hall |                  |                     |       |                  |                     |     |
|--|------------------|---------------------|-------|------------------|---------------------|-----|
| 2010<br>Mio. EUR                               | 2011<br>Mio. EUR | +/-<br>Mio. EUR   % |       | 2012<br>Mio. EUR | +/-<br>Mio. EUR   % |     |
| 23,8   | 16,6             | -7,2                | -30,1 | 17,9             | 1,3                 | 7,9 |

### Schlüsselzuweisungen Landkreis Schwäbisch Hall (Mio. €)



2011 verlor der Landkreis im Finanzausgleich rd. 7,2 Mio. €. Dieser Einbruch wird 2012 nicht ausgeglichen. Wir können zwar mit 1,3 Mio. € mehr Schlüsselzuweisungen rechnen. Gleichzeitig steigt aber die Finanzausgleichsumlage um 900.000 €. Unter dem Strich bleiben nur rd. 400.000 € Mehreinnahmen beim allgemeinen Finanzausgleich. Das Finanzloch, das im Haushalt 2011 durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden ist, trifft den Landkreis nahezu in gleichem Umfang auch im Haushalt 2012. Die Finanzlage bleibt dadurch für den Landkreis weiter schlecht. Der Wirtschaftsaufschwung, der aktuell in vielen Gemeindekassen für höhere Gewerbesteuererinnahmen sorgt, wird in der Kreiskasse erst 2013 ankommen. Unter dem Strich wird dieses Plus aber nur spürbar werden, wenn die wirtschaftsstarken Landkreise die Wachstumsverluste der vergangenen zwei Jahre ausgleichen können.

Ich bin mit den schlechten Nachrichten leider immer noch nicht am Ende. Wir konnten den Haushalt 2011 unter anderem durch einen buchungstechnischen Vorgang ausgleichen. Die Ausbuchung von Unterhaltsvorschussersätzen an das Land in Höhe von 2,45 Mio. € wirkte sich als einmalige „Einnahme“ aus, weil die Gegenposition, die Niederschlagung von Unterhaltsforderungen, schon im Jahr 2009 ausgebucht worden ist. Im Haushalt 2012 fällt dieser Sondereffekt weg. Der Zuschuss im Jugendhilfehaushalt steigt hauptsächlich deshalb um 3,4 Mio. €. Der **Zuschuss für alle soziale Hilfen** steigt um 3,9 Mio. €.

Außerdem sollen im nächsten Jahr der **Soziallastenausgleich** nach § 21 FAG und der Eingliederungslastenausgleich nach § 21a FAG zusammengelegt werden. Der Landkreis Schwäbisch Hall profitiert davon leider nicht. In der Änderungsliste müssen wir sogar Mindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich 365.000 € ausweisen.

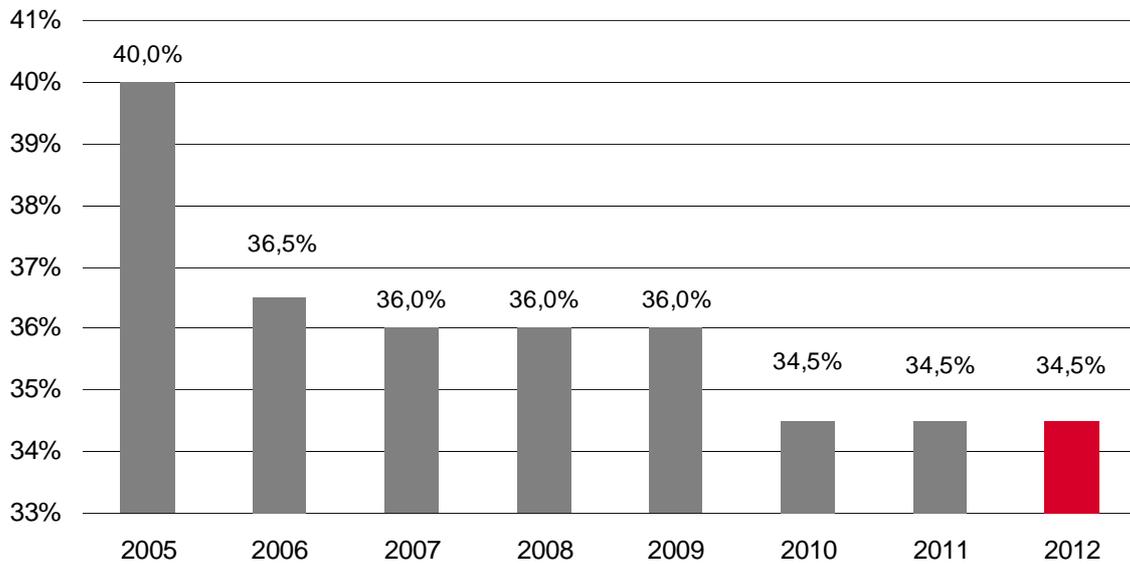
Die dritte große Belastung für den Haushalt 2012 sind die **Personalkosten**. Nicht deshalb, meine Damen und Herren Kreisräte, weil wir das Personal erheblich aufstocken wollen. Von der eingeplanten Personalkostenerhöhung in Höhe von 1,6 Mio. € entfällt ein Großteil auf zwei Tarifierhöhungen, darunter über eine halbe Mio. € auf die Tarifierhöhungen im letzten Jahr. Diese war im Kreishaushalt 2011 nicht eingeplant, um den Kreisumlage-Hebesatz stabil halten zu können.

Trotz dieser Belastungen konnten wir den **Gesamtergebnishaushalt** beinahe ausgleichen. Die Ausweisung einer Unterdeckung in Höhe von 551.250 € ist möglich, weil in der Übergangsphase der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik bis 2016 die Abschreibungen nicht in vollem Umfang erwirtschaftet werden müssen. Es genügt, wenn die Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt nach bisherigem Recht erreicht wird. Diese entspricht der ordentlichen Schuldentilgung und beträgt 2,5 Mio. €.

Meine Damen und Herren,  
um den Haushaltsausgleich ohne Erhöhung der Kreisumlage zu schaffen, haben wir im letzten Jahr alle Haushaltsansätze geprüft und überall, wo es einen Spielraum gab, Abstriche vorgenommen. Bei den Budgetgesprächen für den Haushalt 2012 wurde diese Leitlinie konsequent weiter verfolgt. Wir bleiben mit den Haushaltsansätzen an der untersten Grenze.

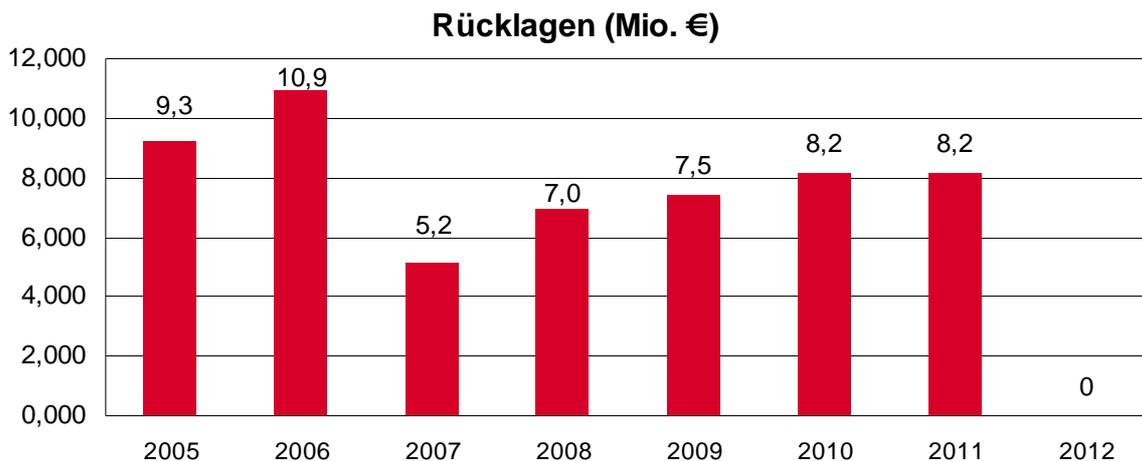
Der Haushaltsausgleich ist so nur möglich, wenn einerseits der **Hebesatz der Kreisumlage** mindestens konstant bleibt.

### Kreisumlagehebesätze



Trotzdem weist der **Gesamtfinanzhaushalt** einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 7,9 Mio. € aus. Diese kassenmäßige Deckungslücke muß dann andererseits durch die **Rücklage** ausgeglichen werden.

| Rücklagen   |          |          |          |          |          |          |          |
|---|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| Mindestrücklage + freie Rücklagen nach kameraler Haushaltsrechnung zum 31.12. |          |          |          |          |          |          |          |
| 2005  | 2006     | 2007     | 2008     | 2009     | 2010     | 2011     | 2012     |
| Mio. EUR  | Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR |
| 9,267   | 10,923   | 5,168    | 6,951    | 7,451    | 8,183    | 8,183    | 0        |

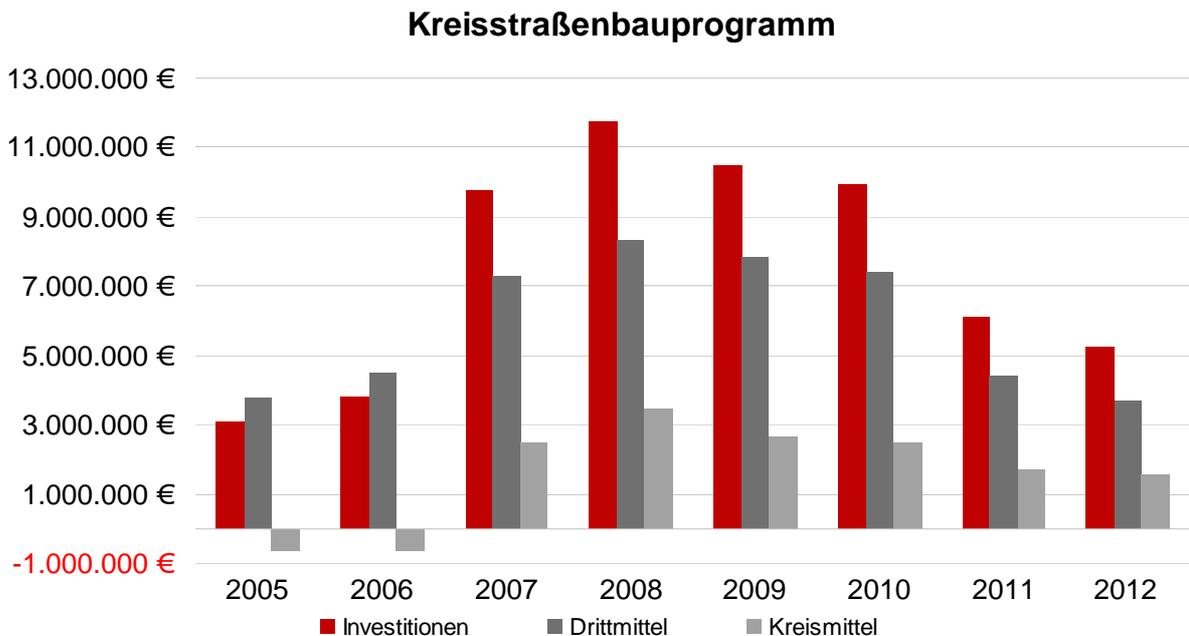


Wir haben lange diskutiert, ob es zu rechtfertigen ist, dass die gesamten 8 Mio. € Rücklagen im Haushalt 2012 verbraucht werden.

Uns wäre es lieber gewesen, wenn mehr als die jetzt eingeplanten 3 Mio. € Eigenmittel für die Krankenhausfinanzierung eingesetzt würden. Die im Wirtschaftsplan des Regiebetriebs vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 2 Mio. € wäre nicht notwendig, wenn die Kreisumlage um 1 % angehoben würde. Die Mehrbelastung der Städte und Gemeinden würde zwischen 16.000 € bis 480.000 € betragen.

Wir haben uns aber für die Aufstellung des Haushaltsplans mit konstantem Kreisumlage-Hebesatz entschieden, weil wir für 2013 aufgrund des dann auch beim Landkreis ankommenden Wirtschaftsaufschwungs mit einem höheren Kreisumlageaufkommen rechnen. Hier gibt es in absehbarer Zeit keinen Spielraum nach unten. Ich sage klar und deutlich: Wir müssen die Neuverschuldung so gering wie möglich halten, um unsere dauernde Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dazu müssen wir die guten Zeiten nutzen. Die jüngste Vergangenheit hat drastisch gezeigt, wie schnell es auf und ab gehen kann und wie abhängig wir von der globalen Wirtschafts- und Finanzentwicklung sind.

Mehreinnahmen bei der Kreisumlage sind im nächsten Jahr dringend nötig, um das Krankenhaus in Crailsheim zu finanzieren und um außerdem auch den Investitionsstau bei den **Kreisstraßen** langsam abzubauen. Hier tun wir auch im Haushaltsplanentwurf 2012 eindeutig zu wenig.



Für den Erhalt und den Ausbau des Kreisstraßennetzes sind 5,3 Mio. € eingeplant. Dafür sollen 1,6 Mio. € Kreismittel und 3,7 Mio. € Zuschüsse und Finanzzuweisungen eingesetzt werden. Das entspricht zwar fast dem Eigenmitteleinsatz des Vorjahres. Allerdings wurde der Ausbau der K 2627 zwischen Unterfischach und Geifertshofen in 2012 erneut mit Kosten in Höhe von 1,6 Mio. € (davon 0,65 Mio. € Kreismittel) eingeplant. Von diesem beim Land angemeldeten Vorhaben werden nur die Radwege von Unterfischach und von Bühlerzell bis Geifertshofen mit 400.000 € Zuschuss vom Land gefördert. Für den Straßenbau gab es keine Bewilligung. Bei Fortführung dieser Förderpraxis des Landes wird der Antragsstau für das Kreisstraßenausbauprogramm immer länger und der Zustand des Kreisstraßennetzes immer schlechter.

Neben dem Straßenbau haben wir den Kreisanteil für den Bau eines Radwegs entlang der K 2642 zwischen Altenmünster und Ingersheim veranschlagt. Die „Erhaltungspauschale“, die für Umbau und Deckenverstärkungsmaßnahmen mit Kosten unter 250.000 €, Brückensanierungen und andere Kleinmaßnahmen eingesetzt wird, soll mit 1,25 Mio. € ausgestattet werden. Offen gelassen haben wir 1,4 Mio. €, weil wir nicht wissen, wie es mit der Straßenbauförderung des Landes weitergeht. Bei der Aufstellung des Kreisstraßenbauprogramms ist der Kreistag ganz optimistisch von jährlich drei Fördermaßnahmen ausgegangen. Davon sind wir weit entfernt.

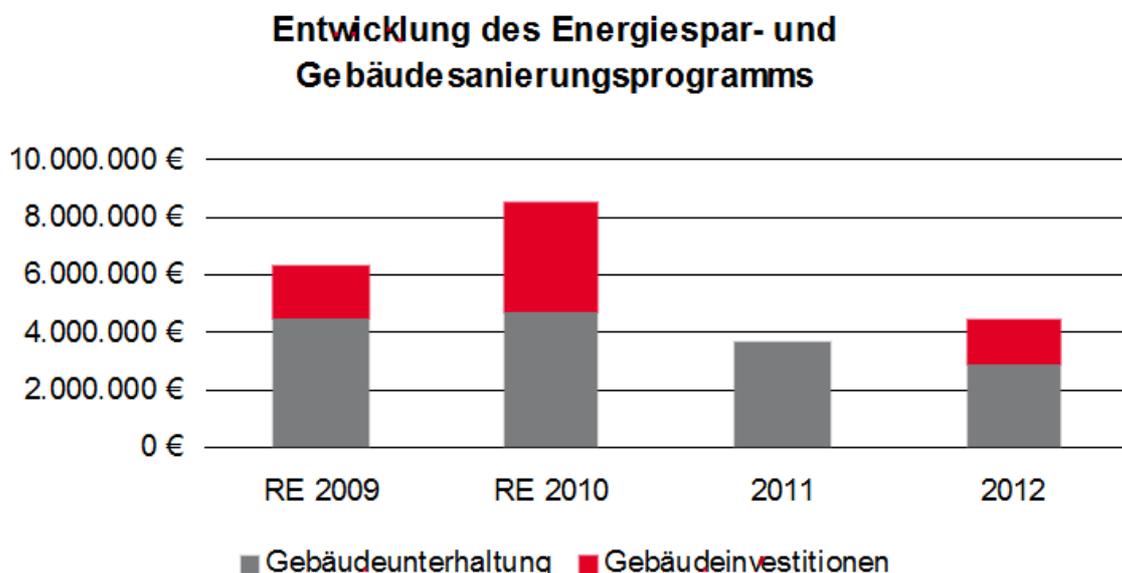
| <b>Straßenbauförderung</b>                               |             |             |             |             |             |             |             |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| <b>Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)</b> |             |             |             |             |             |             |             |
|  | <b>2005</b> | <b>2006</b> | <b>2007</b> | <b>2008</b> | <b>2009</b> | <b>2010</b> | <b>2011</b> |
| <b>K 2576 Zuschuss Mio. €</b>                            | 0,00        | 0,00        | 5,00        | 2,17        | 4,50        | 4,48        | 4,00        |
| <b>Sonstige Maßnahmen</b>                                | 3           | 2           | 1           | 1           | 0           | 1           | 0           |
| <b>Zuschuss Mio. €</b>                                   | 0,72        | 0,93        | 0,37        | 0,86        | 0,00        | 0,45        | 0,00        |
| <b>Summe</b>   | 0,72        | 0,93        | 5,37        | 3,03        | 4,50        | 4,94        | 4,00        |

\* vorher Entflechtungsgesetz

Höhere Fördermittel für die Kreisstraßen sind nicht in Sicht. Natürlich werde ich weiterhin bei jeder Gelegenheit beim Land auf den Investitionsstau hinweisen. Außerdem möchte ich im Ausschuss für Umwelt und Technik zur Diskussion stellen, ob einzelne dringende Ausbaumaßnahmen ohne Landesförderung in Angriff genommen werden sollen. Wir verzichten deshalb natürlich nicht auf Zuschüsse. Die Liste der Fördermaßnahmen ist so lang, dass wir auf Jahre hinaus genügend Förderanträge stellen können und jeden Euro, den uns das Regierungspräsidium bewilligt, auch abrufen werden.

Das Land will nicht nur mehr Geld für die Instandsetzung der Landestraßen einplanen. Es hat auch erkannt, dass es erhebliche Defizite bei der laufenden Unterhaltung gibt. Anstatt die Zuweisungen an die Landkreise für die **Unterhaltung der Landesstraßen** zu erhöhen, wird jetzt zunächst geprüft, ob durch die Einführung eines Landesbetriebes die Bewirtschaftung der Bundes- und Landesstraßen wirtschaftlicher gestaltet werden kann. Droht hier nach den Schulämtern die nächste Rückabwicklung der Verwaltungsstrukturreform? Glaubt das Land wirklich, dass in eigener Regie die Straßen besser und wirtschaftlicher unterhalten werden können? Es kann nicht funktionieren, wenn das Land die Sachmittel für die Straßenunterhaltung um 20 % Effizienzrendite kürzt, zusätzlich noch Vorwegentnahmen für Tunnelunterhaltungen erfolgen und sich nicht darum kümmert, wie der nicht steuerbare Mehraufwand beim Winterdienst ausgeglichen werden kann. Das Land muss hier für einen Ausgleich sorgen!

Meine Damen und Herren,  
 nun zu einem weiteren Investitionsschwerpunkt im Haushaltsplan 2012: das **Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm**.

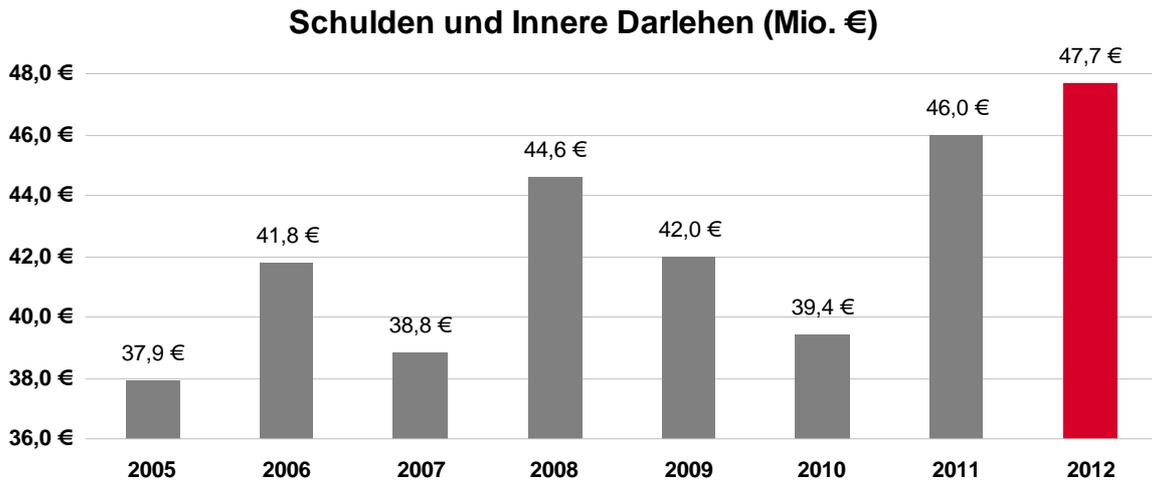


Der Kreistag hat sich vorgenommen, dass innerhalb von sechs Jahren von 2009 bis 2014 insgesamt 30 Mio. € für die Gebäudeunterhaltung und energetische Gebäudemodernisierung aufgewendet werden sollen. Wir sind mit dem Programm nicht nur voll im Plan, sondern sogar um 2 Mio. € der Zeit voraus und leisten damit unseren aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

Für den Krankenhausneubau in Crailsheim sind 5 Mio. € im Haushalt 2012 eingeplant. In den Haushaltplänen 2013 bis 2016 müssen wir die Restfinanzierung leisten. In der Finanzplanung gehen wir von Kosten in Höhe von bis zu 50 Mio. € aus. Der Eigenanteil des Landkreises steht noch nicht fest. Die Prüfung durch das Sozialministerium bleibt abzuwarten.

Wenn wir Mitte 2012 den ersten Spatenstich schaffen, muss der **Regiebetrieb Klinikimmobilien** für einen Teil der Finanzierung des Krankenhausneubaus in Crailsheim ein Darlehen in Höhe von 2 Mio. € aufnehmen. Weil wir im **Kernhaushalt ohne Nettoneuverschuldung** auskommen, steigt die Verschuldung des Landkreises insgesamt nur um 1,7 Mio. €.

| <b>Schulden</b><br>äußere und innere Darlehen, einschl. Regiebetrieb<br>Klinikimmobilien |                  |                 |     |
|--|------------------|-----------------|-----|
| 2011<br>Mio. EUR   | 2012<br>Mio. EUR | +/-<br>Mio. EUR | %   |
| 46,0   | 47,7             | 1,7             | 3,7 |

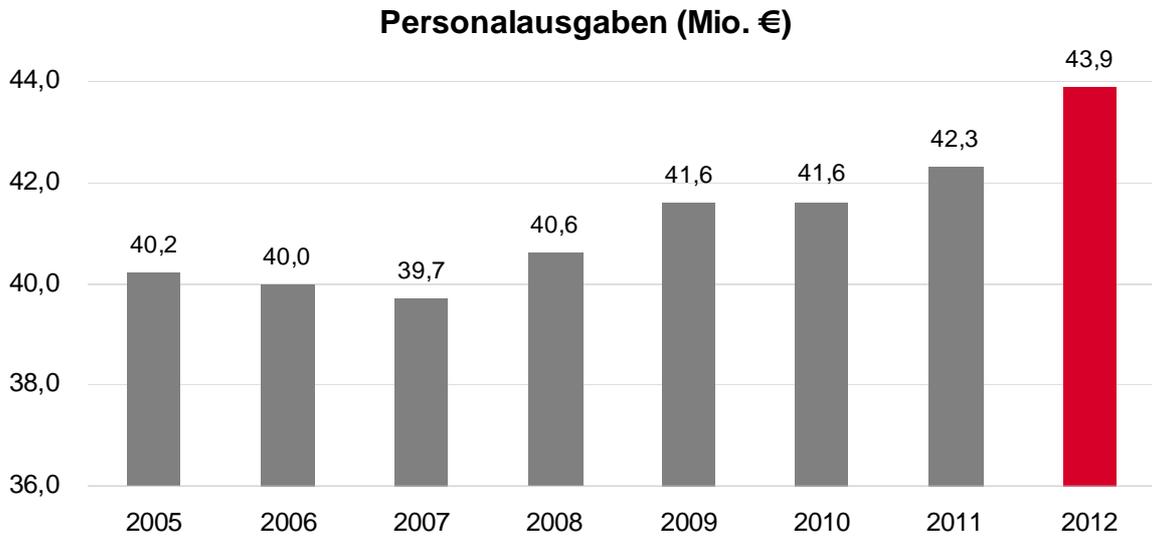


| <b>Pro-Kopf-Verschuldung</b> |                           |
|------------------------------|---------------------------|
| 2011<br>EUR pro Einwohner    | 2012<br>EUR pro Einwohner |
| 242,95                       | 252,52                    |

Nun möchte ich auf einige Teilbereiche des Haushaltes eingehen. Vorhin habe ich schon auf die Steigerung bei den Personalausgaben und auf die Veranschlagung von zwei Tariferhöhungen hingewiesen.

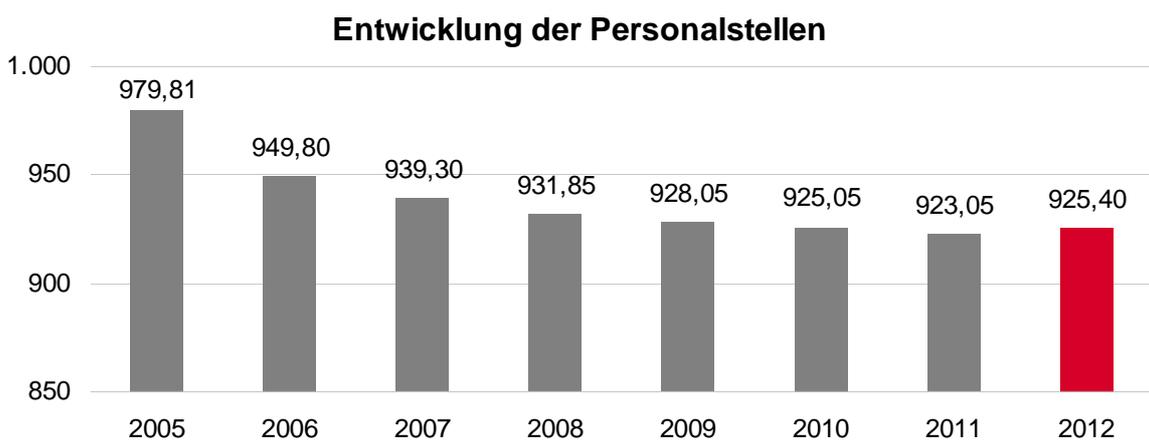
| <b>Personalausgaben</b>       |  |      |           |                    |
|-------------------------------|--|------|-----------|--------------------|
| 2011                          | Beschäftigte   | 1,1% | 220.000 € | 510.000 €          |
|                               | Beamte   | 2,0% | 290.000 € |                    |
| 2012                          | Beschäftigte   | 2,2% | 600.000 € | 1.130.000 €        |
|                               | Beamte   | 1,2% | 180.000 € |                    |
|                               | Kommunaler Versorgungsverband, Stufensteigerung, Rückstellung Altersteilzeit |      |           |                    |
| <b>Mehrausgaben insgesamt</b> |  |      |           | <b>1.640.000 €</b> |

Dieser Doppeleffekt lässt die Personalkosten 2012 um 3,9 % steigen.



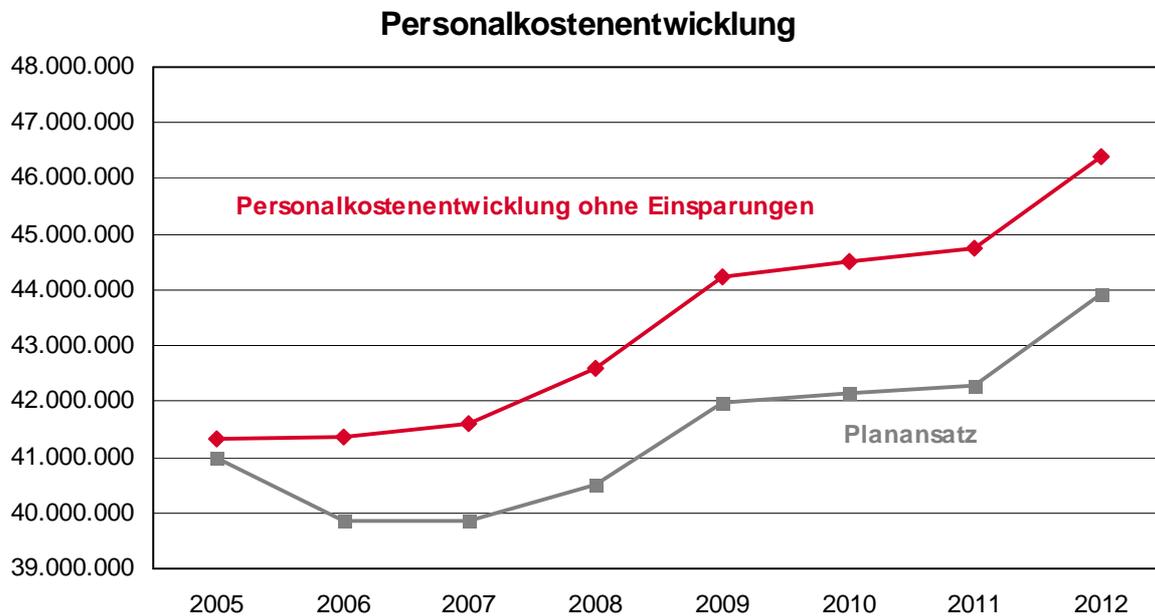
Auf Grund neuer Aufgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich und beim Jobcenter müssen insgesamt 5,1 Stellen neu geschaffen werden.

2,75 Stellen werden eingespart, so dass unter dem Strich die Gesamtstellenzahl nur um 2,35 auf 925,4 Stellen ansteigt. Für die zusätzlichen Stellen beim Jobcenter erhält der Landkreis Kostenersatz.



Seit 2005 sind die Personalausgaben der Landkreisverwaltung nur um insgesamt 9,27 % gestiegen. Ohne den Abbau von 37 Stellen würden

die Personalkosten im Jahr 2012 insgesamt 46,3 Mio. € betragen. Nur so konnte die mit der Verwaltungsstrukturreform verbundene Effizienzrendite von 20 % für die Eingliederung der Landesbehörden in das Landratsamt und zusätzlich auch noch ein nachhaltiger Konsolidierungsbeitrag für die Kreisfinanzen erreicht werden. Wie sich der Stellenabbau in der Landkreisverwaltung seit dem Jahr 2005 auswirkt, wird in diesem Schaubild deutlich:



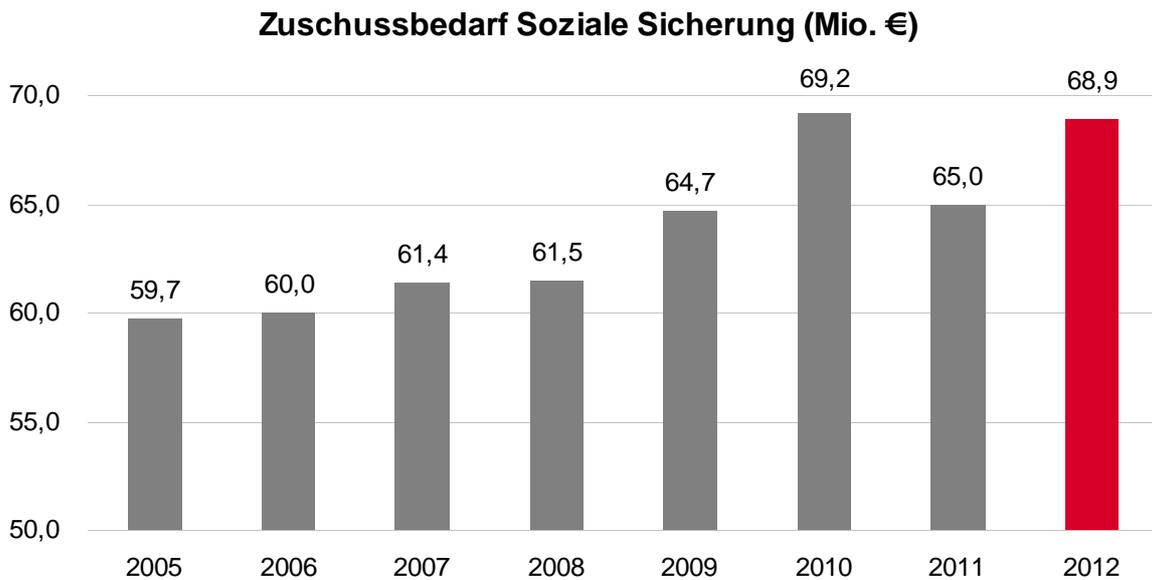
Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, die hier vorbildlich mitgezogen haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt schon im 7. Jahr den konsequenten Sparkurs im Personalbereich mittragen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Umzüge erwähnen, durch die wir im Vergleich zu 2005 jetzt jedes Jahr 500.000 € Mietkosten einsparen.

Die Landkreisverwaltung wird auch weiterhin konsequent die Verwaltungsabläufe in den einzelnen Ämtern verbessern, um noch effektiver zu arbeiten. Ich stehe weiterhin zur Notwendigkeit des Personalabbaus, aber wir stoßen an Grenzen.

Auch bei der Berufsausbildung erfüllt der Landkreis weiterhin seine Vorbildfunktion als Arbeitgeber. Alle 25 **Ausbildungsplätze** sollen wiederbesetzt werden.

Die **beruflichen Schulen und die Förderschulen** in der Trägerschaft des Landkreises mussten im Haushalt 2011 eine Budgetkürzung hinnehmen. In den Budgetgesprächen wurde damals vereinbart, dass die Kürzungen zurückgenommen werden sollen, sobald die Haushaltslage besser wird. Das ist noch nicht durchgreifend der Fall. Trotzdem schlagen wir im Haushaltsplan 2012 eine Aufstockung der Schulbudgets um 5 %-Punkte vor. Die Kürzung wäre damit zur Hälfte zurückgeführt. Diesen Vorschlag machen wir im Einvernehmen mit den Schulleitungen. Sie hoffen natürlich, dass wir dann im Haushalt 2013 im zweiten Schritt die Schulbudgets wieder auf das Niveau des Jahres 2010 anheben.

Beim **Sozialhaushalt** bauen wir weiter auf das „Prinzip Hoffnung“. Für einen Konjunkturinbruch mit Folgen für den Arbeitsmarkt haben wir nicht vorgesorgt.



Der Zuschuss für die soziale Sicherung steigt im Haushalt 2012 um 3,9 Mio. €. Wir erwarten für 2012 einen Einmaleffekt. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts beschert uns Einnahmen. Der Landkreis bekommt in der Eingliederungshilfe aus Mitteln der Ausbildungsförderung teils für viele Jahre rückwirkend Internatskosten erstattet. Wir rechnen mit rund 1,5 Mio. € Nachzahlungen. Aber auch hier gilt: Am Schluss wird zusammengezählt. Detailfragen sind bis heute nicht restlos geklärt.

Ohne die beiden Sondereffekte (Jugendhilfe +2,45 Mio. € Unterhaltsvorschuss, Sozialhilfe -1,5 Mio. € Eingliederungshilfe) steigt der Zuschuss für die soziale Sicherung um 2,9 Mio. € und zwar für die

- Sozialhilfe um knapp 1,7 Mio. €, für die
- Jugendhilfe um rd. 900.000 € und für
- Asylbewerber um rd. 170.000 € sowie die
- Umlage für den Kommunalverband Jugend und Soziales um 130.000 €.

*Im Sozialbereich machen sich aufgrund der großen Mitarbeiterzahlen die Personalkostensteigerungen besonders bemerkbar. Zu Kostensteigerungen führen auch:*

- höhere Zuschüsse bei der Hilfe zur Pflege (475.000 €),*
- für die Eingliederungshilfe (1,9 Mio. €)*
- bei der Jugendhilfe für die Hilfen zur Erziehung (250.000 €),*
- und für die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (250.000 €).*

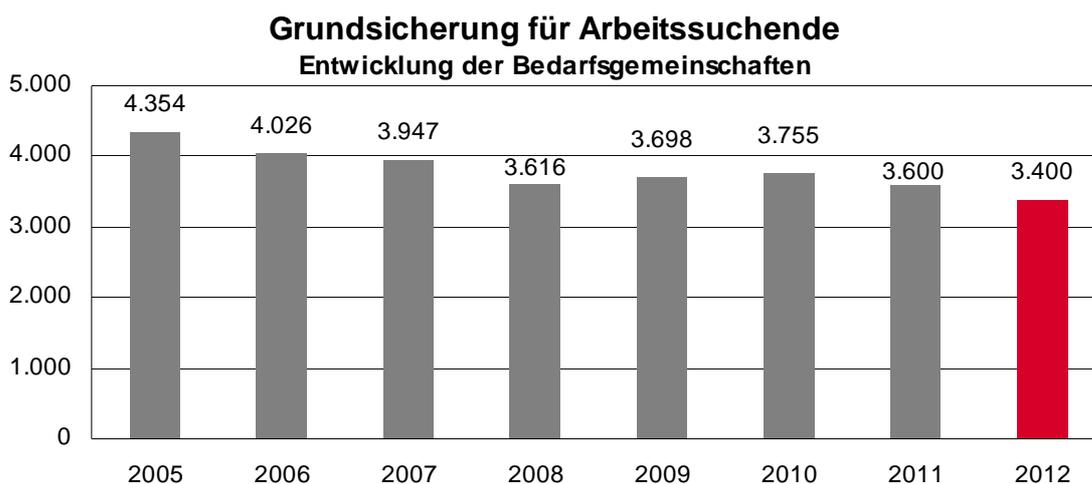
Wir haben im Sozialhaushalt 2012 nur die Mittel veranschlagt, die nach einer eingehenden Analyse der Entwicklungen der letzten Jahre und nach sorgfältiger Schätzung der zu erwartenden Fallzahlen benötigt werden. Das Korsett ist eng geschnürt und trotzdem schaffen wir es auch 2012 nicht, den Zuschuss für die soziale Sicherung mit der Kreisumlage zu decken. Diese Entwicklung, die seit Jahren anhält, muss bedenklich stimmen. Die Landkreise sind weiter in der Klemme und das wird auch in Zukunft nicht besser werden. Es sei denn, der Gesetzgeber entlastet die Landkreise und damit gleichzeitig die Städte und Gemeinden.

Ein erster Schritt ist die **Entlastung der Stadt- und Landkreise bei der Grundsicherung für ältere und erwerbsgeminderte Menschen**. Hier hat sich beim Bund endlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Sozialhilfe nur Hilfe in einer vorübergehenden Notlage sein soll und die dauerhafte Absicherung im Alter und der Ausgleich unzureichender Rentenansprüche keine kommunale Aufgabe sein kann. Erfreulicherweise übernimmt der Bund bei einer Quote von zunächst 45 % ca. 1,7 Mio. €. Bei dieser Hilfeart können wir künftig auf weitere Entlastungen hoffen. Denn der

Bund hat zugesichert, schrittweise in den nächsten beiden Jahren die Erstattungen auf 100 % zu erhöhen.

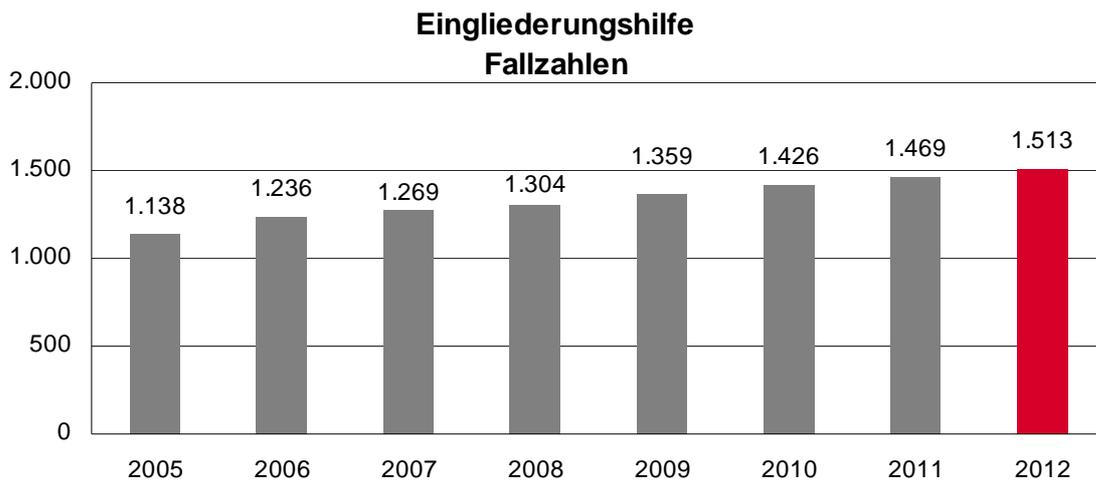
Eine positive Entwicklung gibt es auf Grund der guten Konjunktur bei **Hartz IV**. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist kontinuierlich zurückgegangen. Dies schlägt sich im Zuschuss nieder, der um rd. 0,5 Mio. € sinkt.

| <b>Grundsicherung für Arbeitsuchende<br/>Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften</b> |              |              |              |              |              |              |              |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| <b>2005</b>  | <b>2006</b>  | <b>2007</b>  | <b>2008</b>  | <b>2009</b>  | <b>2010</b>  | <b>2011</b>  | <b>2012</b>  |
| <b>4.354</b>   | <b>4.026</b> | <b>3.947</b> | <b>3.616</b> | <b>3.698</b> | <b>3.755</b> | <b>3.600</b> | <b>3.400</b> |
| <b>+ / -</b>   | <b>-328</b>  | <b>-79</b>   | <b>-331</b>  | <b>82</b>    | <b>57</b>    | <b>-155</b>  | <b>-200</b>  |
|  | <b>-7,5%</b> | <b>-2,0%</b> | <b>-8,4%</b> | <b>2,3%</b>  | <b>1,5%</b>  | <b>-4,1%</b> | <b>-5,6%</b> |



In der **Eingliederungshilfe** nimmt die Zahl der Leistungsberechtigten weiterhin um 3,0 % zu.

| Eingliederungshilfe<br>Fallzahlen |                     |                     |                     |                     |                     |                     |                     |
|-----------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 2005<br>Mio. EUR                  | 2006<br>Mio.<br>EUR | 2007<br>Mio.<br>EUR | 2008<br>Mio.<br>EUR | 2009<br>Mio.<br>EUR | 2010<br>Mio.<br>EUR | 2011<br>Mio.<br>EUR | 2012<br>Mio.<br>EUR |
| 1.138                             | 1.236               | 1.269               | 1.304               | 1.359               | 1.426               | 1.469               | 1.513               |
| + / -                             | 98                  | 33                  | 35                  | 55                  | 67                  | 43                  | 44                  |
|                                   | 8,6%                | 2,7%                | 2,8%                | 4,2%                | 4,9%                | 3,0%                | 3,0%                |



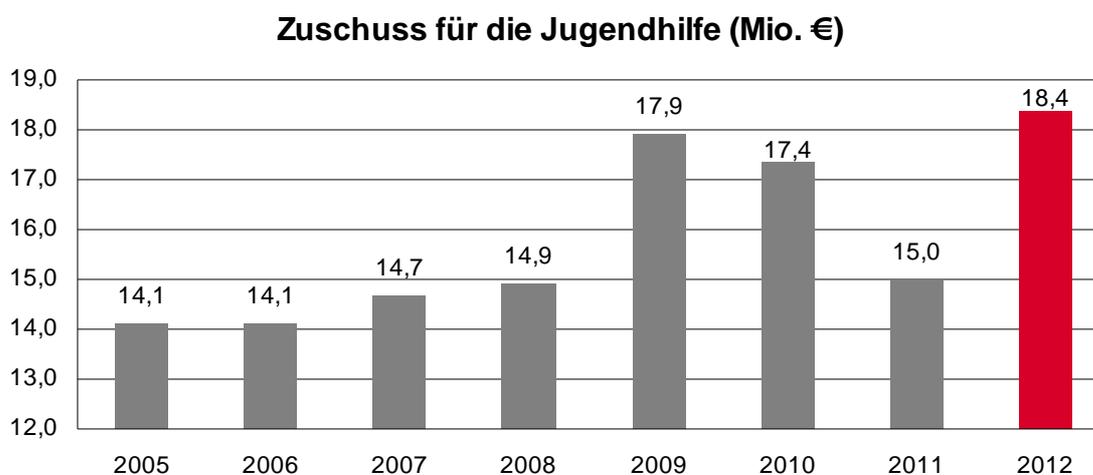
Das Bundesverfassungsgericht hat die Regelleistungen bei Hartz IV und in der Sozialhilfe kassiert und insbesondere bemängelt, dass die Regelleistungen für Kinder den Bedarf für Bildung und Teilhabe nicht abbilden. Mit dem **Bildungs- und Teilhabepaket** hat der Gesetzgeber einen Weg eingeschlagen, den ich für richtig halte. Die Leistungen müssen bei den Kindern und nicht in der Haushaltskasse der Familie ankommen.

Wie bundesweit werden die Leistungen auch bei uns leider nicht in dem erwarteten Umfang abgerufen. Vor allem hat sich die Annahme nicht bestätigt, dass ganz überwiegend Kinder aus Hartz IV-Familien die Leistungen in Anspruch nehmen. Dagegen wurden von Kindern aus wohngeld- bzw. kinderzuschlagsberechtigten Familien, für die das Landratsamt zuständig ist, etwa doppelt so viel Anträge gestellt. Für die Leistungen und den Verwaltungsaufwand erhält der Landkreis einen Ausgleich vom Bund, der an die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten gekoppelt ist. Ob die Bundeserstattung auskömmlich ist, behalten wir sehr genau im Auge.

Lassen Sie mich an die Bildungs- und Teilhabeleistungen unmittelbar mit der **Jugendhilfe** anknüpfen. Ein weiteres Element des Bildungs- und Teilhabepakets ist, dass der Bund befristet auf drei Jahre auch Mittel für die **Schulsozialarbeit** ausschüttet, die unserem im Jahr 2008 beschlossenen Förderkonzept zu Gute kommen. Ausdrücklich begrüße ich die Absicht der neuen Landesregierung, in die Finanzierung der Schulsozialarbeit wieder einzusteigen. Das unterstreicht, wie wichtig und notwendig diese Arbeit ist.

Trotz demografischem Wandel und Rückgang der Kinderzahl werden in der Jugendhilfe die Fallzahlen und damit auch die Ausgaben nicht zurückgehen. Das Gegenteil ist aus vielfältigen Gründen der Fall. Der Aufwand steigt auf 18,4 Mio. €. Hier wollen wir gegensteuern und entwickeln derzeit das Konzept „**Frühe Hilfen**“, das in den Gremien vorgestellt und beschlossen werden soll.

| Zuschuss für die Jugendhilfe |                  |                  |                  |                  |                  |                  |                  |
|------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2005<br>Mio. EUR             | 2006<br>Mio. EUR | 2007<br>Mio. EUR | 2008<br>Mio. EUR | 2009<br>Mio. EUR | 2010<br>Mio. EUR | 2011<br>Mio. EUR | 2012<br>Mio. EUR |
| 14,1                         | 14,1             | 14,7             | 14,9             | 17,9             | 17,4             | 15,0             | 18,4             |
| + / -                        | 0,0              | 0,5              | 0,3              | 3,0              | -0,6             | -2,4             | 3,4              |
|                              | 0,0%             | 3,7%             | 1,8%             | 20,2%            | -3,2%            | -13,6%           | 22,5%            |



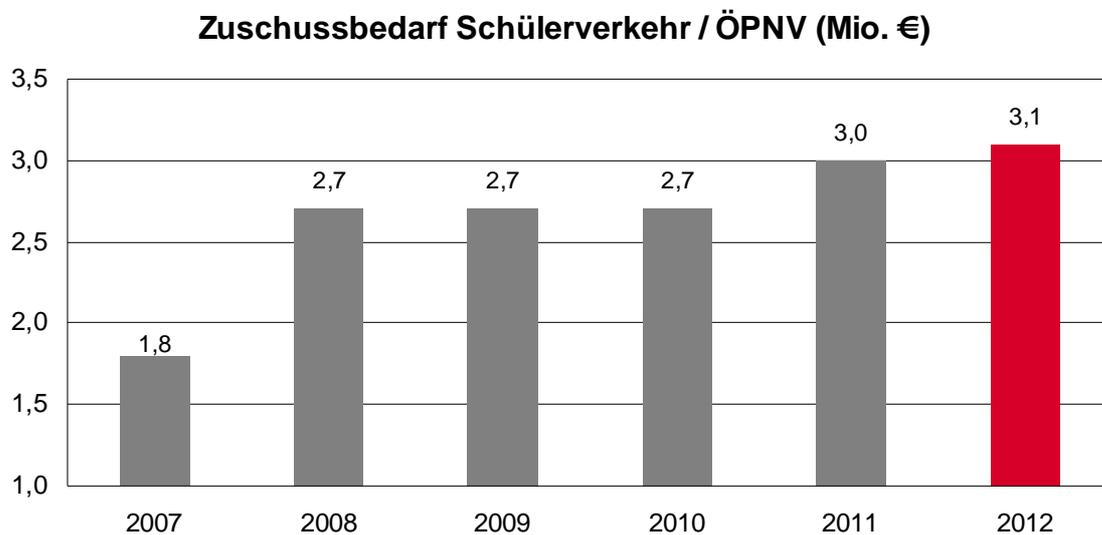
Neue Aufgaben beschert uns der Bundesgesetzgeber im Vormundschaftsrecht. Ein Vormund darf nur noch höchstens 50 Kinder und Jugendliche betreuen und muss die ihm anvertrauten Kinder in der Regel einmal im Monat persönlich besuchen. Trauriger Hintergrund dieser Regelung sind die in den letzten Jahren aufgetretenen dramatischen Fälle von Kindestötungen. Wir sind bisher verschont geblieben und müssen alles dafür tun, dass dies auch künftig so bleibt. Deshalb ist es vollkommen richtig, dass die Jugendämter gestärkt werden. Es ist aber ein Novum, dass der Bund als Gesetzgeber konkrete Fallzahlen vorschreibt, die mit dem Einsatz von mehr Personal verbunden sind. Der Bund geht ganz selbstverständlich davon aus, dass die Kreise das bezahlen. Damit können wir nicht einverstanden sein. Über die Kommunalen Landesver-

bände müssen wir unbedingt erreichen, dass sich hier noch etwas bewegt.

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

nun noch zur Schülerbeförderung und ÖPNV:

Hier steigt der Zuschuss des Landkreises.



Die Schülerbeförderungsmittel sind seit dem Jahr 1997 gedeckelt. Der Landkreistag forderte deshalb seit Jahren eine Anpassung und hat in der Gemeinsamen Finanzkommission mit der alten Landesregierung endlich den Durchbruch geschafft. Der neue Finanzminister Dr. Schmid will sich daran halten und hat eine Erhöhung der Zuweisungen für die Schülerbeförderung um 20 Mio. € in die Orientierungsdaten für das Jahr 2012 aufgenommen. Der Landkreis profitiert nach dem bisherigen Verteilerschlüssel mit rd. 700.000 €. Trotzdem steigt der Landkreiszuschuss gegenüber dem Planansatz 2011 um rund 100.000 €. Der Kreistag wird

sich in nächster Zeit beim Schülerverkehr mit mehreren Fragen befassen müssen:

- Wie wird sich die kommende Schulreform - Stichwort „Gemeinschaftsschule“ - auf die Schülerbeförderung auswirken?
- Wie können die Einnahmeausfälle durch rückläufige Schülerzahlen aufgrund des demografischen Wandels ausgeglichen werden?
- Gelingt es uns, den Schülerverkehr besser mit der Tauberbahn zu verknüpfen?

Für die Umsetzung des Bus-Schiene-Konzeptes im nördlichen Landkreis wurden 100.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2012 eingestellt. Ob dieser Betrag auf Dauer ausreichen wird, kann erst nach Vorliegen des Ergebnisses der Prüfung der betriebswirtschaftlichen Umsetzbarkeit durch die Verkehrsunternehmen genauer eingeschätzt werden.

Auf der Murrbahn erfolgt nun, nach vielen Jahren mühsamen Kampfes, der Bau des Kreuzungspunktes Fornsbach. Die Fertigstellung ist Mitte 2012 geplant. Ich erwarte, dass es dann endlich möglich ist, von Hesselental in einer Stunde nach Stuttgart zu kommen.

Meine Damen und Herren,

leider hat sich die Haushaltssituation gegenüber dem letzten Jahr nicht wesentlich verbessert. Wir konnten deshalb im Haushalt 2012 nur unterbringen, was notwendig ist. Wünsche können nicht erfüllt werden. Ich hätte mir vor allem gewünscht, dass bei den Straßen mehr investiert werden kann. Was hier versäumt wird, werden wir später durch höhere Sanierungskosten bezahlen müssen. Bei den Landesstraßen kann man das leider überdeutlich sehen.

Mehr Geld für die Kreisstraßen kann aber im nächsten Jahr nur durch Schulden oder durch eine höhere Kreisumlage beschafft werden. Warum ich Ihnen beide „Kröten“ nicht zumuten wollte, habe ich am Anfang der Haushaltsrede ausgeführt und will mich jetzt nicht wiederholen. Wir werden uns in einer Strategieklausur mit der nahen und ferneren Zukunft beschäftigen. Denn mit dem Haushalt 2012 verbrauchen wir die letzten Reserven. Das muss uns allen klar sein!

Meine Damen und Herren,

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes sorgen dafür, dass das Landratsamt seine Aufgaben als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft gut erfüllt. Dies geschieht ohne großes Murren auch unter den gegenwärtigen Sparzwängen. Dafür bin ich dankbar.

Ich schließe auch die Beschäftigten unserer Schulen und Krankenhäuser ein, die in der Gesundheitsholding unter einem Dach mit dem DIAK zusammenarbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass wir die laufenden Gespräche über die Weiterführung der Gesundheitsholding zu einem guten Ergebnis bringen.

Ich danke allen, die beim Ausarbeiten dieses umfangreichen Haushaltsplanes mitgearbeitet haben:

Dem Finanzdezernenten, Herrn Schmidt, und seiner rechten Hand in der Kreiskämmerei, Herrn Kauk, sowie Frau Laudien, die den Haushalt, so wie er Ihnen heute vorliegt, zusammengestellt haben. Zum Doppik-Team gehört noch Frau Stengel, die an der Vermögensbewertung arbeitet. Meinen Dank sage ich auch den Damen und Herren Dezernenten und

Amtsleitern sowie allen anderen an der Erstellung des Haushaltsplans beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Herr Schmidt wird Ihnen im Anschluss noch einige Hinweise zum doppelten Haushalt geben.

Zum Schluss bedanke ich mich bei Ihnen, den Kreisrätinnen und Kreisräten, nochmals sehr für das große Vertrauen, das Sie mir mit der Wiederwahl geschenkt haben. Ich freue mich auf die vor uns liegende Zeit, in der ich an der Spitze der Landkreisverwaltung gemeinsam mit Ihnen die Entwicklung des Landkreises gestalten darf.

In diesem Sinne wünsche ich uns gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.